



Die CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer und der unterlegene Kandidat: Auch über die Weihnachtstage kamen neue Vorschläge, wie man Friedrich Merz einsetzen könnte.

FOTO: DPA

Die CDU und das Merz-Dilemma

Nachgefechte: Täglich kommen neue Verwendungsvorschläge für den unterlegenen Kandidaten

Von Sabine Lennartz

BERLIN - Die einen bringen ihn als möglichen baden-württembergischen Ministerpräsidenten ins Spiel, die anderen drängen nach wie vor auf einen Kabinettsposten für ihn und damit die Möglichkeit für eine Kanzlerkandidatur: Friedrich Merz ist zwar auf dem CDU-Parteitag in Hamburg als Spitzenkandidat für den Parteivorsitz Annegret Kramp-Karrenbauer unterlegen, aber Ruhe ist deshalb noch nicht eingekehrt.

Auch über die Weihnachtstage kamen neue Vorschläge, wie man Friedrich Merz einsetzen kann. Allen voran der Vorschlag von EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU), der sich Merz als Kanzlerkandidaten vorstellen kann. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wies vorsichtshalber darauf hin, dass hier eine ganz andere bereits in der Poleposition ist: CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Merz nach Stuttgart?

Die „Bild am Sonntag“ hatte Friedrich Merz als möglichen Herausforderer von Winfried Kretschmann für

die nächste Landtagswahl in Baden-Württemberg ins Spiel gebracht. Angeblich befürworteten dies viele Abgeordnete im Südwesten, da Thomas Strobl nicht als führungsstarker CDU-Landeschef gelte. Zumindest öffentlich hat aber kein einziger diesen Personalwunsch geäußert. Es wäre auch höchst ungewöhnlich, wenn sich die Baden-Württemberg nach Hilfe aus Nordrhein-Westfalen sehnten.

Eine Art Bewerbung

All das sind Nachgefechte, wie man mit dem unterlegenen Friedrich Merz nun klug umgehen könnte. Sechs Tage vor Heiligabend hatte dieser selbst eine Art Bewerbung in der „FAZ“ abgegeben. Er traue sich einen Kabinettsposten aufgrund seiner Erfahrung in Wirtschaft und Politik zu. Von Kanzlerin Angela Merkel allerdings ist nicht bekannt, dass sie den Wunsch hegt, Merz in ihr Kabinett zu holen. Und CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer verkündet flapsig-kühl, sie habe beim letzten Kabinettsfrühstück durchgezählt, das Kabinett sei vollzählig.

Seit dem Hamburger Parteitag Mitte Dezember schmolten viele

Merz-Anhänger. Erst gab es Gerüchte wie jenes, auf dem Parteitag sei sein Mikrofon leiser gestellt worden. Merz selbst unterstützt solche Vorwürfe nicht. „Der Wettbewerb um den CDU-Vorsitz war fair“, sagt er. Und er gibt selbst zu, dass es sicher auch an seiner Tagesform gelegen habe, dass er am Ende gegen Kramp-Karrenbauer unterlag. Gleich auf dem Parteitag war Merz gefragt worden, ob er für das Präsidium der CDU kandidieren wolle. Er hatte dies abgelehnt.

Trotzdem will er jetzt weiter in der Partei präsent bleiben. Um über das Wie zu sprechen, hat er sich bereits mit Annegret Kramp-Karrenbauer getroffen, ein weiteres Gespräch soll Ende Januar stattfinden. Doch auch bis dahin wird wohl kaum ein Kabinettsposten frei werden.

Enttäuschte Hoffnungen

Schon vor dem Parteitag in Hamburg war gerätselt worden, wie die Merz-Anhänger mit einer Niederlage umgehen würden. Dass sie eher schlechte Verlierer sein würden, stand für viele fest. Das liegt daran, dass auf Merz viele Hoffnungen der Konservativen für eine Neuausrichtung

der CDU lagen – und die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Besonders starke Erwartungen hatten viele in der CDU Baden-Württembergs. Der Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Fischer meint nun, vielleicht könne Merz auch per Mitgliederentscheid zum Kanzlerkandidaten der CDU bestimmt werden. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) habe völlig recht, wenn er Merz und Annegret Kramp-Karrenbauer als mögliche Nachfolger von Angela Merkel ins Gespräch bringe. Auch der Wirtschaftsrat der CDU stellt sich weiter hinter Merz. Die sich andeutenden schlechteren Konjunkturdaten erforderten ein Umsteuern in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sagte der Vorsitzende Wolfgang Steiger der Deutschen Presse-Agentur. Darauf müsse die CDU eine überzeugende personelle wie inhaltliche Antwort geben. „Hierfür ist auch die Einbeziehung von Friedrich Merz ein ganz wichtiger Schlüssel.“

Wunsch nach Unterscheidbarkeit

Merz könne wesentlich dazu beitragen, die Unterscheidbarkeit zu anderen Parteien deutlich zu machen und

so die Volksparteien zu stabilisieren, meint Steiger. Er erwartet nun von der neuen CDU-Chefin ein Signal, den Wirtschaftsflügel wieder zu stärken.

Konservativer als Merkel

Nun hat Kramp-Karrenbauer in der Vergangenheit klar gemacht, dass sie in einigen Fragen, zum Beispiel der Homo-Ehe, konservativer ist als Angela Merkel. Als große Wirtschaftsliberale aber ist auch Kramp-Karrenbauer bislang nicht aufgetreten.

„In der Wirtschaftspolitik finden sich von ihr in den Archiven viele Forderungen nach Steuererhöhungen“, stellt FDP-Chef Christian Lindner fest. „Das gefällt den Grünen, aber uns nicht.“

Viele in der CDU gehen aber davon aus, dass die Parteispitze das Signal von Hamburg, das weit über die Person Merz hinausgeht, verstanden hat. Der Wängener CDU-Landtagsabgeordnete Raimund Haser fasst es so zusammen: „Friedrich Merz war ein Symbol für die Rückkehr zu wirtschaftsorientierter, wenn man so will konservativer, Politik. Wer immer das verkörpert, wird die Menschen dafür gewinnen können.“

Nachgefragt

„Von Einflussnahme ausländischer Staaten emanzipieren“

BERLIN - Thorsten Frei (CDU/ Foto: dpa), stellvertretender Vorsitzender der Unionsbundesfraktion, erklärt im Gespräch mit Markus Sievers, wie die Koalition über eine „Moschee-Steuer“ denkt.



Die Koalition bringt eine „Moschee-Steuer“ ins Spiel. Worauf zielt die Debatte?

Dabei geht es insbesondere darum, dass sich die islamischen Gemeinden in Deutschland ein Stück weit emanzipieren von der Einflussnahme ausländischer Staaten. Die rührt vor allem aus der Finanzierung solcher Gemeinden, Moscheen und Einrichtungen. Das behindert die Integration der Menschen in die deutsche Gesellschaft und fördert Parallelgesellschaften. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

Eine „Moschee-Steuer“ wäre für Sie nur eine Option. Sie könnten sich auch andere Instrumente vorstellen?

Genau. Man sollte nicht zu dogmatisch an die Sache herangehen. Die Zielsetzung ist klar definiert – die Emanzipation von ausländischen Geldgebern, insbesondere von ausländischen Staaten, sowie die Öffnung gegenüber der deutschen Gesellschaft. Dies ist unsere Leitlinie für die weitere Debatte.

Koalition will Einführung einer „Moschee-Steuer“ prüfen

In der Debatte um die Finanzierung deutscher Moscheen fühlt sich Seyran Ates falsch verstanden

Von Markus Sievers und unseren Agenturen

BERLIN - In der Debatte um die Finanzierung deutscher Moscheen lehnt die Gründerin der liberalen Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin, Seyran Ates, eine vom Staat erhobene „Moschee-Steuer“ analog zur Kirchensteuer ab. Der Islam solle nicht „verkirklicht“ werden, sagte Ates in der ARD. Sie hatte an Weihnachten die Debatte darüber mit entfacht, weil sie als Verfechterin solch einer Steuer verstanden wurde.

„Es ist keine gute Idee, die Verbände zu Körperschaften des öffentlichen Rechts zu erklären, und eine Kirchensteuer-ähnliche Moschee-Steuer einzuführen“, sagte die Juristin. „Wir sollten es als Arbeitstitel nehmen und über neue Modelle nachdenken, wie wir das mit dem Islam machen.“ Ates schlägt eine soziale Pflichtabgabe vor, die in den fünf Säulen des Islams verankert sei (die Almosensteuer „Zakat“). Darüber könne man die unabhängige Finanzierung der Moscheen besser regeln, sagte sie. „Alles, was die Gemeinden brauchen, kann in Zukunft von den Mitgliedern selbst aufgebracht werden“, sagte Ates.

Damit umschreibt sie die Idee, dass die in Deutschland lebenden Muslime ihre religiösen Aktivitäten selbst bezahlen und sich aus der Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern wie der Türkei oder arabischen Golfstaaten befreien. Das Anliegen gewinnt zunehmend an Unterstützung – die Berliner Koalition will die Einführung einer „Moschee-Steuer“ ähnlich der Kirchensteuer prüfen. Saudi-Arabien und die Golfstaaten sollen beabsichtigte Spenden an Mo-



Gläubige vor der Zentralmoschee der DITIB in Köln. Hintergrund der Diskussion um eine „Moschee-Steuer“ ist das Anliegen, sich aus der Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern zu befreien.

FOTO: DPA

scheegemeinden in Deutschland vorab dem Auswärtigen Amt melden, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“.

Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der Unionsbundesfraktion, sagte zur Debatte um die „Moschee-Steuer“: „Für uns steht das alles unter dem Obersatz: Wer nach Deutschland kommt und dauerhaft über eine „Moschee-Steuer“ die Muslime in Deutschland zu mehr Eigenständigkeit zu bewegen. „Die Idee, die Finanzierung von muslimischen Gemeinden in Deutschland von ausländischen Geldgebern zu entkoppeln, halte ich für diskussionswürdig“, sagte Lischka. Dies könne den Einfluss von außen und einer Radikalisierung verringern.

„Einen Islam der deutschen Muslime“ forderte Ende November bereits Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Es gehe darum, einen Islam zu fördern, der „in unserer Gesellschaft

verwurzt ist, die Werte unseres Grundgesetzes teilt und die Lebensarten dieses Landes achtet“, so der CSU-Vorsitzende. Aus diesem Grunde setzt auch er sich dafür ein, dass die hier lebenden Muslime ihre Gemeindeaktivitäten selbst finanzieren.

Die Kirchensteuer gilt als Privileg für die evangelische und katholische Kirche hierzulande. Die Finanzämter der jeweiligen Bundesländer ziehen trotz der grundsätzlichen Trennung von Kirche und Staat die Mittel von jedem steuerpflichtigen Kirchenmitglied ein und leiten sie gegen eine Aufwandsentschädigung an die christlichen Religionsgemeinschaften weiter. Um das Modell auf Islam-Vereine zu übertragen, müssten die sich allerdings als öffentlich-rechtliche Körperschaft organisieren. Doch viele Imame hätten daran kein Interesse, warnen Gegner einer „Moschee-Steuer“. Vielmehr dürften sie bemüht sein, an dem bisherigen Modell der ausländischen Finanzierung festzuhalten. Seehofer's Staatssekre-

tär Markus Kerber (CDU) weist diese Bedenken nicht komplett zurück. Einerseits zeigt er sich offen für eine Moscheesteuer. Andererseits weist er darauf hin, dass die Einführung Sache der Religionsgemeinschaften sei.

Herkunft der Mittel häufig unklar

Häufig ist nicht ganz klar, woher die Mittel für Moscheen in Deutschland kommen. Gesichert aber ist, dass die Imame des Vereins der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib) Beamte des türkischen Staates sind und von ihm bezahlt werden. Dem Dachverband gehören bundesweit 896 islamische Gemeinden an. Sie stehen unter dem Einfluss des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, der bei seinem letzten Deutschland-Besuch Ende September auch eine neue Moschee in Köln eröffnete. Andere Islam-Vereine greifen aus Zuweisungen aus Golfstaaten zurück, die oft für einen sehr konservativen Islam stehen.

Der Zentralrat der Muslime begrüßte die Diskussion über die „Moschee-Steuer“. „Die Moscheen sind in der Regel unterfinanziert und das seit vielen Jahren“, sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek. „Sie müssen Dienstleistungen erbringen, haben aber keine finanziellen Rücklagen“, ergänzte er. Das sei etwa deutlich geworden bei der Diskussion über die Ausbildung und Bezahlung von Imamen, für die die meisten Gemeinden gar kein Geld hätten. Die von Ates vorgeschlagene Abgabe ähnlich dem Zakat werde bereits in vielen Gemeinden praktiziert, sagte Mazyek. Neben einer Steuer sei auch eine Moschee-Abgabe denkbar, organisiert über eine Stiftung mit staatlicher Beteiligung.

Bundeswehr plant Anwerbung von Ausländern

BERLIN (dpa) - Die Bundeswehr prüft, EU-Ausländer für spezielle Tätigkeiten zu rekrutieren. „Wir reden hier beispielsweise von Ärzten oder IT-Spezialisten“, sagte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. In Zeiten des Fachkräftemangels müsse die Bundeswehr „in alle Richtungen blicken“ und sich um den passenden Nachwuchs bemühen.

Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums erklärte auf Anfrage, es gehe um „Stellen mit besonders gesuchten Qualifikationen, in einem sehr eng definierten Rahmen, beispielsweise Ärzte oder IT-Fachkräfte“. Die Idee, die Rekrutierung von EU-Ausländern zu prüfen, sei aber nicht neu, sagte die Sprecherin und verwies auf eine entsprechende Passage im Weißbuch aus dem Jahr 2016. Schon im Juli hatte das Verteidigungsministerium bestätigt, die Option der Anwerbung von Ausländern in die Personalstrategie aufgenommen zu haben – allerdings ohne genauere Angaben zu möglichen Einsatzbereichen.

Kurz berichtet

Saudischer König besetzt Regierungsposten neu

RIAD (dpa) - Fast drei Monate nach der Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi besetzt Saudi-Arabiens König Salman wichtige Regierungsposten neu und tauscht auch seinen Außenminister. Neuer Chefdiplommat wird der frühere Finanzminister Ibrahim al-Assaf. Er folgt auf Adel al-Dschubair, der zum Staatsminister degradiert wurde. Die Macht des unter Druck stehenden Kronprinzen Mohammed bin Salman scheint unangetastet. Er bleibt stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Der neue Außenminister al-Assaf war 2017 unter den Festgenommenen einer Verhaftungswelle, wurde aber wieder freigelassen.

Wiesenthal-Zentrum listet antisemitische Vorfälle auf

TEL AVIV (dpa) - Das Wiesenthal-Zentrum hat eine Liste der nach eigenen Angaben zehn weltweit schlimmsten antisemitischen Vorfälle 2018 veröffentlicht. Auf Platz eins steht der US-Attentäter Robert Bowers, der bei einem Anschlag auf eine Synagoge in Pittsburgh elf Menschen getötet hat. Platz zwei belegt der Führer der Bewegung Nation of Islam, Louis Farrakhan. Auf Platz sieben steht die deutsche Bank für Sozialwirtschaft. Als Begründung hieß es, die Bank arbeite mit der Organisation „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“ zusammen, die sich für einen Israel-Boycott einsetze.

Bundesregierung bestürzt über Hinrichtungen in Japan

BERLIN (KNA) - Die Bundesregierung hat sich bestürzt über zwei Hinrichtungen in Japan geäußert. „Die Todesstrafe ist eine unmenschliche und grausame Art der Bestrafung“, sagte die Menschenrechtsbeauftragte Bärbel Kofler. Sie appellierte an Japans Regierung, die weitere Vollstreckung von Todesurteilen auszusetzen. In Japan wurden am Donnerstag den Angaben der Bundesregierung zufolge zwei verurteilte Mörder im Alter von 60 und 67 Jahren hingerichtet.

Hitler-Haus: Ex-Besitzerin will hohe Entschädigung

BRAUNAU AM INN (dpa) - Im Rechtsstreit um Hitlers Geburtshaus in Braunau am Inn strebt der Anwalt der ehemaligen Hausbesitzerin eine millionenschwere Entschädigung wegen der Enteignung an. „Ziel sind ganz klar 1,5 Millionen Euro“, bekräftigte der Salzburger Rechtsanwalt Gerhard Lebitsch. Ein Gutachter hatte beim Prozess vor dem Landesgericht Ried im Innkreis für die Immobilie eine Wertspanne von 810 000 Euro bis 1,5 Millionen Euro ermittelt. Die Republik Österreich hatte der Hausbesitzerin bisher 310 000 Euro für das zweistöckige Haus samt Garagen und Parkplatz bezahlt.